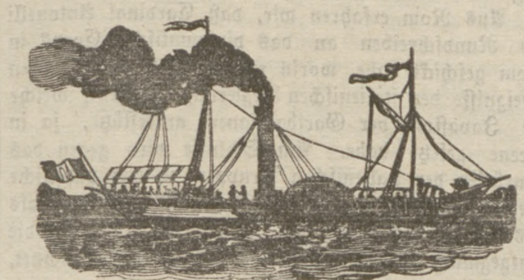
Danziger Dampfboot.

№ 267.

Donnerstag, den 14. November.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, Mittwoch 13. November.

Das Amtsgericht verurtheilte heute die Vorstandsmitglieder des aufgelösten schleswig-holsteinischen Wahlvereins wegen Ueberschreitung des Vereinsgesetzes zu verschiedenen Geldstrafen und erklärte den Wahlverein definitiv für geschlossen. Die Verurtheilten haben Berufung eingelegt.

Hannover, Mittwoch 13. November.

Der „Hannoversche Courier" meldet, daß die im vorigen Jahre nach London geschafften 22 Millionen Staatsgelder wieder hier eingetroffen und deponirt sind.

Karlsruhe, Mittwoch 13. November

Die Abgeordnetenkammer nahm in heutiger Sitzung mit 50 gegen 7 Stimmen das Gesetz betreffend die Forterhebung der Steuern während der Monate Dezember und Januar an. Das Gesetz ordnet zugleich eine ziemlich namhafte Erhöhung der direkten und indirekten Steuern an. Der Antrag des Abg. Moll, von dieser Steuererhöhung vorläufig Abstand zu nehmen, wurde bei gleichem Stimmenverhältniß verworfen.

München, Mittwoch 13. November.

Die „Süddeutsche Presse" bespricht in ihrem heutigen Leitartikel die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg." betreffend das Verhältniß der süddeutschen Staaten zum norddeutschen Bunde. Es heißt in dem Artikel: Durch die Aufnahme der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund würde dieser thatsächlich ein deutscher Bund werden, dessen Verfassung alsdann nicht dieselbe bleiben könnte. Eine Revision der norddeutschen Verfassung würde die Voraussetzung des Eintritts sämmtlicher süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund sein. Durch den Eintritt Badens und Hessens werde der norddeutsche Bund noch kein deutscher Bund. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg." befürworte, daß Württemberg und Bayern außerhalb des norddeutschen Bundes bleiben, so sei das im wohlverstandenen Interesse der preußischen Politik gesagt. Besonders richtig erscheinen die Bemerkungen des Berliner Blattes über das Zollparlament. Der bloße Eintritt Hessens und Badens würde noch das Parlament des norddeutschen Bundes im Mittelpunkt des neuen Systems belassen. Mit dem Eintritt Bayerns und Württembergs verlege sich derselbe jedoch in das Zollparlament. Ein solcher Gang der Dinge erscheine, wie sich einmal die Verhältnisse gestaltet haben, als der wünschenswerthe. Nur würde die Ausschließlichkeit des preußischen Veto dem Kollektiv-Veto Württembergs und Bayerns vorzuziehen sein; doch sei zu wünschen, daß dieses Veto als ein Veto des Bundesoberhauptes aufgefaßt werde, und zwar in dem Sinne, in welchem dem Präsidenten der nordamerikanischen Union dem Kongresse gegenüber ein Veto zustehe. Nur in diesem Sinne könne Preußen billiger Weise das Veto im Zollverein beanspruchen, welches übrigens jeder unbefangene Beurtheiler ihm zusprechen müsse.

Wien, Mittwoch 13. November.

Die „Presse" bestätigt, daß Graf Bismarck auf das österreichische Rundschreiben vom 1. November durch ein Rundschreiben vom 5. d. erwiedert habe, welches vornehmlich die Befriedigung darüber konstatirt, daß in Paris nichts verhandelt sei, was den Weltfrieden stören könnte.

— Die heutige „Debatte" erfährt, daß die Einladung zur Konferenz heute hier eingetroffen ist. — Der König und die Königin von Griechenland trafen gestern hier ein und wurden vom Kaiser persönlich am Bahnhofe begrüßt. Außerdem waren die höchsten Militär- und Civilbehörden sowie die russische und dänische Gesandtschaft bei dem Empfange anwesend. Die hohen Herrschaften begaben sich vom Bahnhofe sofort nach der Hofburg.

— Die „Wiener Korrespondenz" meldet: Der neuernannte Botschafter beim heil. Stuhle, Graf Crivelli, geht in den nächsten Tagen auf seinen Posten nach Rom. Das griechische Königspaar wird übermorgen das diplomatische Corps empfangen, worauf Abends die Abreise erfolgt.

Triest, Mittwoch 13. November.

Nachrichten der Ueberlandpost: Hongkong, 27. September. Der Peninsular-Dampfer „Singapore" hat am 20. August zwischen Yokohama und Hakdah Schiffbruch erlitten. Mannschaft und Passagiere sind gerettet. Der Gouverneur von Nangasaki ist wegen Ermordung zweier englischer Seeleute durch Eingeborne abgesetzt worden.

Bern, Mittwoch 13. November.

Der französische Gesandte hat dem Bundesrathe eine Depesche seiner Regierung übergeben, durch welche die Schweiz zur Theilnahme an den Konferenzen behufs Regelung der römischen Frage eingeladen wird.

Florenz, Dienstag 12. November.

Die „Amtliche Zeitung" bemerkt zu einer neuerdings veröffentlichten päpstlichen Bulle, welche die apostolische Legation in Sicilien aufhebt: diese Maßregel versuche die Krone einer ihrer unverletzlichen Prärogativen zu berauben; die Regierung habe Maßnahmen getroffen, daß Jeder, welcher die päpstliche Verfügung ausführen wolle, den Gerichten übergeben werde.

— Mittwoch 13. Nov. Die „Amtliche Zeitung" schreibt: Eine Circulardepesche von Menabrea vom 7. November hält die französische Intervention jetzt für überflüssig und hebt die Schwierigkeiten der Vereinigung einer weltlichen und geistlichen Gewalt des Papstes hervor. Der das Grab des Apostels einschließende Boden sei der sicherste Sitz des Papstes. Italien werde denselben achten und vertheidigen. Hierauf bezügliche Abmachungen seien unerläßlich.

— Die Depesche Menabrea's vom 7. November an den italienischen Gesandten in Paris lautet ausführlicher: Italien habe das durch die Entsendung seiner Truppen in den Kirchenstaat erstrebte Ziel erreicht und darauf seine Truppen zurückberufen, welche überall dankbar von der Bevölkerung empfangen worden seien. Getreu seinem Worte, habe Italien die Plebiscite zurückgewiesen. Die Depesche konstatirt alsdann die Niederlage und Entwaffnung der Garibaldianer und die Verhaftung Garibaldi's, wodurch die Bedrohung des Kirchenstaats aufgehört habe. Die Regierung dürfe erwarten, daß auch Frankreich das durch die Note vom 25. October gegebene Versprechen halten werde, wonach seine Truppen sofort zurückgezogen werden sollten, sobald die Sicherheit wiederhergestellt sei. Eine verlängerte Intervention sei ein Hinderniß eines dauernden Abkommens. Die Depesche betont das vollständige Scheitern der Septemberkonvention, da die Haltung Roms gegen Italien unverändert geblieben sei und Rom trotz einer aus allen Ländern rekrutirten Armee zu einer fremden Intervention seine Zuflucht nehme. Nur aufrichtige Uebereinstimmung mit Italien sichere den heiligen Stuhl vor jeder Gefahr. Trotz seiner lebhaften religiösen Gefühle empfinde Italien die Schwierigkeiten der Vereinigung einer in den höchsten Regionen des Glaubens ausgeübten Gewalt mit den Sorgen einer irdischen Regierung. Der das Apostelgrab umschließende Boden sei der sicherste Sitz des Papstthums. Italien werde letzteres vertheidigen und dessen Unabhängigkeit und Freiheit achten. Hierauf zielende Abmachungen, welche die Interessen des Papstthums und Italiens in Einklang bringen, seien unerläßlich. Italien müsse den Ursachen permanenter Aufregung entrückt werden. Eine Lösung der römischen Frage sei dringend nothwendig.

Paris, Mittwoch 13. November.

„Patrie" meldet: Die Dekrete, welche die Ernennungen der Herren Pinard und Magne zu den Portefeuilles des Innern und der Finanzen bringen, sind erst in dem heutigen Ministerrathe unterzeichnet worden und werden in dem morgenden „Moniteur" erscheinen. Der Kaiser war gestern zur Jagd und konnte daher seine Unterschrift nicht ertheilen. — Dasselbe Blatt schreibt: Bei der Einladung zu den Konferenzen behufs Regelung der römischen Angelegenheit formulirt die französische Regierung keinen Vorschlag zur Lösung, sondern beschränkt sich darauf, die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Lage Italiens und auf die Nothwendigkeit zu lenken, der Wiederkehr von Ereignissen vorzubeugen, welche periodisch die Ruhe Europas stören könnten. Indem das Kabinet der Tuilerien seine besonderen Anschauungen nicht darlegte, wollte es den Erwägungen der fremden Kabinete freies Feld lassen, welche sämmtlich an der Lösung einer Frage interessirt sind, deren sich die Revolution, welche offen Rom zu ihrem Zielpunkt macht, bemächtigt hat. — Die beiden gestrigen Moniteurnoten, fügt „Patrie" hinzu, haben einen ausgezeichneten Eindruck auf die italienische Regierung hervorgebracht, welche dieselben als ein neues Unterpfand für den edelmüthigen Wunsch Frankreichs aufnimmt, die Erinnerung an Ereignisse auszulöschen, die einen Augenblick die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien hätten beeinträchtigen können. — „Etendard" bestätigt die bevorstehenden Aenderungen im Ministerium und fügt hinzu, die Preßverwaltung würde gleichfalls eine Aenderung in Uebereinstimmung mit den Principien des neuen Preßgesetzes erfahren. — „France" meldet, daß Baron Malaret heute Abend auf seinen Posten nach Florenz zurückkehrt. Das Blatt fügt hinzu, Benedetti sei in Berlin wieder eingetroffen und habe bereits mehrere Depeschen an die französische Regierung von dort gesandt.

— Der „Abendmoniteur" schreibt in seinem Bulletin: Der freiwillige Entschluß der italienischen Regierung, ihre Truppen zurückzuziehen, ist ein bedeutsames Unterpfand für ihre Achtung vor den internationalen Vereinbarungen. Das neue Ministerium verhehlt sich die schwere Gefahr nicht, in welche die anarchischen Tendenzen und die republikanischen Zielpunkte der Garibaldianer die Dynastie Savoyen bringen mußten. Die Regierung des Königs Victor Emanuel muß anerkennen, daß es ihr Interesse und ihre Pflicht ist, auf soliden Grundlagen die geistige und materielle Ordnung wiederherzustellen, welche durch die letzten Ereignisse geschädigt worden war. Die mazzinistischen Manifestationen in Mailand und Pavia wurden unterdrückt, das Gesetz errang seine Herrschaft wieder, und man darf hoffen, daß den extremen Parteien diese Lehre nicht umsonst ertheilt sein wird. Italien, monarchisch und konservativ wie es ist, bedarf der Ruhe und Sicherheit. Die französische Regierung hat die italienische um ihrer letzten Entschließungen willen beglückwünscht, und wenn der Florentiner

Hof, wie wir das Vertrauen hegen, auf dem Wege, den er betreten, verharrt, so werden die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern fortfahren, sich zu befestigen und zu entwickeln.

London, Mittwoch 13. November. Nach telegraphischen Berichten aus New-York vom gestrigen Tage schildern daselbst eingegangene Briefe aus St. Thomas vom 1. d. den durch den Orkan verursachten Verlust an Eigenthum als bedeutend, behaupten indeß, anderen Mittheilungen entgegen, daß Verluste an Menschenleben durchaus nicht zu beklagen seien.

Konstantinopel, Dienstag 12. November. Die Pforte ist im Begriff, mit der Société générale eine Anleihe von 2 Millionen Pfd. St. abzuschließen.

Politische Rundschau.

Wie ein Berliner Correspondent hört, steht eine Vorlage an den Landtag, die königliche Dotation betreffend, zu erwarten. Diese Dotation beträgt gegenwärtig etwas mehr als 3 Millionen Thaler. Die Verordnung vom 17. Januar 1820 reservirt nämlich von den Einkünften der Domänen, Forsten und säcularisirten Güter im ganzen Umfange des Staats zur Aufbringung des jährlichen Bedarfs für den Unterhalt der königlichen Familie, des Hofstaats und sämmtlicher prinzlichen Hofstaaten, sowie für alle dahin gehörigen Institute 2,500,000 Thlr., wovon aber 548,242 Thlr. Gold, so daß die Summe eigentlich 2,573,099 Thlr. in Courant beträgt. Nachträglich sind durch das Gesetz vom 30. April 1850, betreffend die Erhöhung der Krondotation, 500,000 Thlr. hinzugefügt worden. Die beabsichtigte Erhöhung wird dem Vernehmen nach 926,901 Thlr. betragen, so daß sich die Dotation dann im Ganzen auf voll 4 Mill. stellen würde. Die Motive des Antrages sind ohne Zweifel die Vergrößerung des preußischen Staates um etwa 25 pCt. und die Stellung des Königs an der Spitze des Norddeutschen Bundes.

Was das Budget für 1868 anbelangt, welches dem nächsten Landtage vorgelegt werden soll, so wird sich dasselbe diesmal sehr wesentlich von den früheren Etatsgesetzen unterscheiden. Erstens wird der Militäretat ganz wegfallen. An seine Stelle tritt bekanntlich das Pauschquantum von 2¼ Thlr. pro Kopf der Bevölkerung, welches an den norddeutschen Bund zu bezahlen ist. Dann fallen zweitens die Einnahmen und Ausgaben der Post- und Telegraphen-Verwaltung fort, und auch die Einnahmen aus dem Zollverein fließen nicht mehr in die Kasse des preußischen Staates. Dagegen wird an Ausgaben ein ganz neuer und sehr hoch bezifferter Posten sich vorfinden, nämlich: Matrikularbeiträge an den norddeutschen Bund. Zu all diesen Aenderungen der einzelnen Positionen kommt aber nun noch die durchgehende Aenderung, welche durch die Vergrößerung des preußischen Staates verursacht ist. Damit sind in den einzelnen Positionen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben gewachsen. Diese Veränderungen werden aber die genaueste Prüfung erfordern, denn es wird sich vor Allem darum handeln, den Zuwachs der Einnahmen so zu normiren, daß die neuen Provinzen den alten gegenüber weder bevorzugt noch benachtheiligt werden. Dann aber wird man noch darauf besonders zu sehen haben, daß die Ausgaben nur die allernothwendigste Steigerung erfahren, d. h. daß die Verwaltung bei der größeren Ausdehnung, welche sie erhält, in ihrer Organisation möglichst vereinfacht werde. Um alle diese Forderungen zu erfüllen, erscheint natürlich eine gründliche Prüfung dieses in seiner Art ganz neuen Budgets geboten. Nichtsdestoweniger werden doch schon wieder in offiziöser Presse Stimmen laut, welche zu der Eile drängen, die vor einem Jahre im Landtag und in beiden Reichstagen zu einer wahren Ueberstürzung geworden ist. Wie man auf den Reichstag mittelst des jetzt zusammentretenden Landtags gedrückt hat, so versucht man jetzt auf den Landtag mit dem Zollparlament zu drücken. Wir hoffen, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wird sich diesmal mit Entschiedenheit gegen ein so hastiges Arbeiten, gegen das bloße Fertigmachen, ganz gleich, wie die Verhandlung zur Entscheidung vorbereitet ist, erklären. Sie wird hoffentlich das Budget einer eingehenden, gründlichen Kommissionsberathung unterwerfen, da dieses Budget auf Jahre hinaus die Grundlage des preußischen Staatshaushaltes werden soll.

Ueber das Konferenz-Project Frankreichs ist kaum noch zu sprechen. Der Kaiser hat es so phantastisch aufgeputzt, daß man eines Lächelns sich kaum erwehren kann. Er ladet alle Welt ein, und alle Welt sträubt sich, der Einladung zu folgen. Es wird Niemand kommen, weil die Hauptpersonen schon vorher erklärt haben, sie wollen gar nicht eingeladen sein. Der Papst fragt mit Recht, wie er dazu kommen, seinen Besitz hergeben zu sollen, wo doch er allein der Sieger sei. Die übrigen Mächte sollen wahrscheinlich Italien oder Rom gegenüber Garantien leisten. Es hat jeder mit sich selbst genug zu thun. So muß Frankreich allein zusehen, wie es mit Ehren aus Italien wieder herauskommt. Das Florentiner Kabinet macht dem französischen Gouvernement offizielle Complimente, blos um es los zu werden. Wie bisher Alles in diesem Frankreich Schein gewesen, seitdem es unter dem Bonapartismus seufzt, so verräth auch das Konferenz-Project von Neuem, daß man sich nach wie vor darin gefällt. Man wird hoffentlich den Kaiser allgemein im Stich lassen.

Aus Rom erfahren wir, daß Cardinal Antonelli ein Rundschreiben an das diplomatische Corps in Rom geschickt habe, worin er die Schuld der jüngsten Ereignisse der italienischen Regierung zuschiebt, welche die Invasion der Garibaldianer unterstützt, ja in Scene gesetzt habe. Am Schlusse wird gegen das Einrücken der italienischen Truppen in das päpstliche Gebiet feierlichst protestirt. Dieser Protest wird als das Motiv des Circulars, und dieses selbst als die Entgegnung auf das wichtige Rundschreiben bezeichnet, in welchem das neue Cabinet von Florenz seine Stellung gegenüber der französischen Intervention genommen und das Recht Italiens, als Contrahent des September-Vertrages, die Truppen gleichfalls einrücken zu lassen, auseinander gesetzt hat. Die römische Frage sei dadurch in ein anderes Stadium getreten, in das der diplomatischen Actionen, und vielleicht sei die Hoffnung nicht zu sanguinisch, daß sich das Endergebniß dieser Verwirrungen dennoch als ein für die nationalen Forderungen Italiens günstiges Resultat herausstellen werde. —

Amerikanische Blätter veröffentlichen einen Brief des Kaisers Maximilian, den dieser unmittelbar vor seinem Tode an Juarez gerichtet haben soll und worin gesagt wird, er, der Kaiser, habe sein neues Vaterland nur aus der Anarchie retten wollen. So starb der persönlich ehrenwerthe Max unter lauter Irrthum über sich selbst wie über Mexiko. Seitdem die kaiserliche Regierung in Mexiko aufgehört hat, ist Ruhe und Friede da. Die Anarchie kam nur von den Franzosen und von Max. Mexiko athmet seitdem auf, und es ist glücklich, einen Mann wie Juarez an seiner Spitze zu haben, der ebenso viel Energie wie Klugheit und Edelmuth besitzt. Daß er Max erschießen ließ, war eine Staatsnothwendigkeit, entsprach auch den mexikanischen Gesetzen, die den Hochverrath gerade so wie wir mit dem Tode ahnden.

— Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt: Der neue Zollvertrag tritt mit dem 1. Januar 1868 in Wirksamkeit. Vermuthlich wird der erweiterte Bundesrath im Januar und das Zollparlament Anfangs Februar einberufen werden.

— Es ist im Cultusministerium ein Schuldotations- und Schullehrer-Pensionsgesetz zur Vorlegung an den Landtag vorbereitet; doch soll es allerdings noch ungewiß sein, ob dasselbe in der nächsten Session zur Vorlage gelangen wird. (Warten die Lehrer nicht schon lange genug auf eine Verbesserung ihrer Lage?)

— Außer dem laufenden Etat für 1868 werden dem Landtage auch die Special-Etats für die neuen Provinzen auf 1867 vorgelegt werden, um die vorbehaltliche Genehmigung für die Zeit vom 1. Octbr. bis Ende Decbr. d. J. zu ertheilen.

— Die „Spenersche Zeitung" meldet officiös: Auch wenn die Regierung sich wirklich zu einer Inseratensteuer entschlösse, so könnte ein derartiger Gesetzentwurf dem jetzt zusammentretenden Landtage noch nicht vorgelegt werden, da die Frage über die Erhebungsform der neuen Steuer längere Berathungen erheische.

— Wie verlautet, wird die Postconferenz in Berlin wahrscheinlich in vierzehn Tagen mit ihren Arbeiten zu Ende kommen. Bei dem günstigen Fortgange ihrer Berathungen soll mit Sicherheit auf einen Abschluß des ihr vorliegenden Verständigungswerkes zu rechnen sein.

— Der Stadtgerichtsrath Twesten soll, nach einem in juristischen Kreisen verbreiteten Gerücht, am 11. d. M. um seine Entlassung aus dem Staatsdienst eingekommen sein.

— Wie mit England, so wird Seitens des norddeutschen Bundes auch ein Postvertrag mit Frankreich vereinbart, der wesentliche Erleichterungen im Porto-Verkehr &c. herbeiführen soll.

— Es beträgt in Oesterreich die Gesammtsumme der Budgetüberschreitung für das laufende Jahr 17,537,250 Gulden.

— Mit Oesterreich ist der belgische Hof jetzt sehr gespannt. Eben deshalb kam Franz Josef nicht dorthin. Die österreichische Regierung will der Prinzessin Charlotte ihren Wittwengehalt nicht ausliefern, sie behauptet, die im Heirathscontract stipulirten Bedingungen seien später durch den Vertrag von Miramare modifizirt worden.

— Vorsicht! Seit einiger Zeit haben in Frankreich die Büchsenmacher den Befehl erhalten, Niemandem eine Jagdflinte zu verkaufen, der nicht eine Ermächtigung vom Maire seines Bezirks vorzuweisen vermag.

— Garibaldi befindet sich immer noch zu Varignano, wo er mit weniger Rücksicht, als bei ähnlichen Fällen früher, behandelt wird. Er wird scharf überwacht und darf sich mit Niemandem in Berührung setzen. Die beiden Söhne Garibaldi's erhielten auf ihr Gesuch, ihren Vater sehen zu dürfen, gar keine Antwort.

— Es hat sich in Florenz ein Comité zur Annahme von Beiträgen für die Unterstützung von armen Familien der in der jüngsten Bewegung getödteten und verwundeten Garibaldianer gebildet.

— Die von den päpstlichen Truppen gefangenen Garibaldianer sollen in kurzer Zeit in Freiheit gesetzt werden.

— Victor Emanuel hat den Verwundeten und den Gebliebenen bei der Garibaldi'schen Expedition 50,000 Francs geschenkt.

— Bis zum 7. November hatte in Italien der Verkauf der geistlichen Güter die Summe von 12,941,413 Lire ergeben, der Ertrag übersteigt somit bereits die officielle Veranschlagung um 3,633,005 Lire.

— Das schwedische Budget zeigt ein Deficit von 6 Millionen Rdr., während es früher meist einen Ueberschuß hatte. Die Ursachen dieses Deficits liegen einerseits in der Verminderung der Einnahmen, andererseits in den Ausgaben zur Unterstützung der nothleidenden Provinzen.

— Aus Paris gelangte an die schwedische Eisenwaaren-Fabrik zu Eskilstuna die Anfrage und das Anerbieten, ob sie zum Preise von 3 Thlrn. preuß. per Stück für Rechnung der französischen Regierung die Anfertigung von 60,000 Säbelbajonneten übernehmen wolle. Die Hälfte soll am 1. Juni nächsten Jahres, die zweite Hälfte im August abgeliefert werden. Das Anerbieten wurde von den Fabrikanten angenommen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, 14. November.

— Wie wir erfahren, ist in den Magistratssitzungen bereits davon die Rede gewesen, öffentliche Suppen-Anstalten zu gründen, sobald durch Zufrieren der Ströme die Arbeit aufhört und alsdann die Noth an die unteren Klassen der Bevölkerung herantritt. Die Bemittelten könnten dieses Unternehmen dann namentlich dadurch unterstützen, daß sie Suppenmarken kaufen und statt der Almosen benutzen.

— Vom 1. Januar 1868 ab wird bekanntlich das Salzmonopol aufgehoben; es soll indessen mit der Aufhebung der Salzfaktoreien nicht früher vorgegangen werden, als bis die Ueberzeugung vorliegt, daß sich der Handelsstand in einem die Befürchtung von Salzmangel ausschließenden Maße mit Salz versehen hat.

— Die durch die Untervertheilung der Grundsteuer in den Provinzen Pommern, Preußen, Brandenburg, Sachsen, Posen und Schlesien entstandenen Kosten wurden bekanntlich einstweilen aus der Staatskasse vorgeschossen und sollen, wie das Gesetz vorschreibt, nach Maßgabe der Grundsteuer-Veranlagung binnen einer Frist von zehn Jahren nach der näheren, dieserhalb von dem Finanzminister zu erlassenden Anweisung nach und nach wieder eingezogen werden. In Folge dessen ist angeordnet worden, daß die Einziehung der gedachten Kosten vom 1. Jan. 1868 ab dergestalt erfolgen soll, daß dieselben theils in der Form von Beischlägen zu der von den grundsteuerpflichtigen Grundstücken zu entrichtenden Grundsteuer erhoben, theils den ertragsfähigen, grundsteuerfreien Grundstücken, so weit dieselben Staatseigenthum sind, in verhältnißmäßigem Antheile zur Last geschrieben werden.

— Die gestern im Gewerbehause abgehaltene und durch Herrn Sielaff eröffnete Bürger-Versammlung war nicht nur sehr zahlreich besucht, sondern hatte auch über ein reichlich eingegangenes Material zu diskutiren. 1. Frage. Weshalb bleiben diejenigen Bürger, welche weniger als 300 Thlr. Einkommen haben, von den Stadtverordneten-Wahlen ausgeschlossen? Vorsitzender: Weil dies der § 5 der Städteordnung so vorschreibt. 2. Frage. Weshalb ist hierorts bisher keine städtische Feuerversicherung eingeführt? Herr Mischke legt durch ein Rechnen-Exempel klar, daß eine städtische Feuer-Versicherungsanstalt sich hier sehr gut rentiren würde, und glaubt nach seiner Aufstellung einen Reingewinn von 8—9000 Thlrn. garantiren zu können, überdem bei unserer jetzigen wohlorganisirten Feuerwehr Brände zu den Seltenheiten gehören. Redner glaubt daraus, daß

eine Unzahl General- und Special-Agenturen hier existiren, entnehmen zu können, daß das Geschäft nicht schlecht sei. Herr Block stimmt Herrn Mischke bei und weist darauf hin, daß die Stadt Thorn Selbstversicherung eingeführt habe und sehr gut dabei fahre. Herr Holtz erwähnt des Vortheiles prompter Zahlung der Brandgelder resp. Garantie für Kriegsfälle oder Naturereignisse und berechnet den Werth der zu versichernden Grundstücke auf 21 Millionen Thaler, wozu noch ca. 40 Millionen Thaler Mobiliarwerth hinzukommen. Die Herren Dr. Wolffsohn und Rickert hegen Bedenken, daß die Selbstversicherung größere Vortheile biete als die Versicherung bei Gesellschaften, insofern bei großen Bränden, wie solche in unserer eng gebauten Stadt trotz der Feuerwehr wohl vorkommen könnten, die städtische Feuerkasse leicht mittellos dastehen möchte und dann ein Aufbringen der Brandgelder im Zwangswege leicht Unzuträglichkeiten herbeiführen dürfte. Eine Verbindung mit andern Städten könnte auch möglicherweise zum Nachtheil unserer Kommune führen, außerdem gehe durch Ablegen des Reservefonds für die jetzige Generation jeder Vortheil verloren. Es wird der Rickert'sche Antrag angenommen: Fragesteller und Genossen mögen zuvörderst eine vollständige übersichtliche Vorlage bezüglich des Projektes einbringen. 3. Frage. Wer hat die Verpflichtung der Wegebesserung zwischen dem Olivaer- und Petershagerthor? Hr. Dr. Lièvin: Die Unterhaltung des Weges ist Sache des Chausseefiskus — die Reinhaltung und Besserung der Promenade Sache des Magistrats. 4. Frage. Ist die Sanitätspolizei nicht verpflichtet, auf Reinigung der Kloaken zu halten? Herr Dr. Lièvin bemerkt, daß diese Frage namentlich in der Cholerazeit lebhaft bei den Behörden ventilirt ist, die Polizei habe aber den Einwand erhoben, daß es ihr an Beamten fehle, um über die Tausende der städtischen Cloakgruben Controlle führen zu können. Die Polizei habe allerdings die Befugniß, zwangsweise alles das zu beseitigen, was gemeinschädlich ist, aber es sei unmöglich, alle heimlichen Senkgruben kennen zu lernen. Es sei beispielsweise beim Rathhausbau vorgekommen, daß dort heimliche Senkgruben vorgefunden sind, und daher stamme auch die große Kostspieligkeit desselben. (Allgemeines Murmeln und Zweifeln.) Redner betont mit Nachdruck, daß es in Danzig niemals besser werden würde, bevor nicht das Wasserleitungs- und Sielsystem Platz gegriffen. Hr. Röll macht darauf aufmerksam, daß in sehr vielen Häusern unserer Stadt die Senkgruben nach den Straßentrummen ausmünden, diese gemeinschädlichen Anlagen dem Magistrat bekannt sind, gleichwohl aber von demselben nichts geschehe, hierin Abhülfe zu schaffen. Die Einrichtung eines Sielsystems sei allerdings zu wünschen, aber bis dahin möge mit Energie erst auf Beseitigung des beregten Uebelstandes hingewirkt werden. Hr. Dr. Lièvin bestreitet die Möglichkeit, daß hierin Abhülfe geschehen könne, weil die Bauart der Häuser dem entgegenstehe. Hr. Röll hält mit Entschiedenheit seine Ansicht aufrecht, stellt den Antrag, daß der Magistrat die Cloakmündungen nach den Straßentrummen aufhebe, und wundert sich, wie Herr Dr. Lièvin solchen Unzuträglichkeiten das Wort rede. Hr. Dr. Lièvin bekundet, daß die gröbsten Verunreinigungen der Straßentrummen durch Entleeren der Nachtgeschirre in dieselben entstehen und diesem Unwesen nur durch energische Selbsthülfe jedes Einzelnen gesteuert werden könne. Die Aufhebung mehrerer Tausend Senkgruben erfordere viele Jahre Zeit, wogegen der Bau eines Sielsystems und der Wasserleitung in kurzer Zeit alle Uebelstände radikal vertilge. Hr. Santowski beschwert sich noch über die in der Büttelgasse vorkommenden Schmutzereien und beantragt, daß die Cloak-Abfuhr statt Abends — Morgens früh stattfinde — wie in Königsberg. Schließlich wird in dieser Frage dahin entschieden, daß der Antrag auf Anstellung eines Trummen-Inspicienten, welcher aus den Strafgeldern — die, wie Hr. Eyff bekundet, in Summa von der Polizei-Salarienkasse an den Magistrat abgeliefert werden — besoldet werden solle, fallen zu lassen ist; wogegen der Antrag: den Magistrat zu ersuchen, die beregten Uebelstände nach Möglichkeit abzustellen, zum Beschluß erhoben wird. — 5. Frage. Bäume verschönen die Straßen und wirken auf die Gesundheit der Menschen vortheilhaft, indem sie mittelst der Wurzel und Krone schädliche Miasmen aufsaugen und zersetzen; weshalb wird in unserer Stadt nicht mehr für die Baumpflanzungen gethan? Herr Block erklärt, daß er mit der Polizeibehörde conferirt und erfahren habe, daß dieselbe es sehr gern sehen würde, wenn alle Straßen, in denen Baumpflanzungen zulässig sind, auch damit versehen werden, doch müsse in jedem speciellen Falle zuvörderst eine Anzeige geschehen. Der Kunstgärtner Lenz sei erbötig, zum Preise von 20 Sgr. bis 1 Thlr. pro Stamm noch in diesem Jahre solche Baumpflanzungen auszuführen, und empfehle derselbe Ahornbäume als die zweckmäßigsten. — 6) Eine Anzahl hiesiger Bürger wünscht, daß die überhand nehmende Hausbettelei dadurch abgestellt werde, daß die Bürger der Stadt einen Verein bilden und sich zu regelmäßigen Beiträgen verpflichten, welche entweder direct zu Armenunterstützungen verwendet oder der städtischen Armen-Commission überwiesen werden sollen. Alle Mitglieder dieses Vereins bezeichnen ihre Häuser durch Täfelchen mit der Inschrift: „Verein gegen Hausbettelei" und verweigern jede Gabe an herumziehende Bettler, indem sie dieselben an die Vereinsverwaltung verweisen. Herr Rickert verspricht sich nur die erforderliche Tragweite dieses Projekts, wenn der Bürgersinn sich demselben allgemein zuwende und alle Armen-Vereine und Wohlthätigkeits-Anstalten in diesem einen Verein aufgehen. Dies erfordere aber eine radikale Umgestaltung unseres Armenwesens und sei ein schwierig und nur mit Zeitaufwand und Sorgfalt zu lösendes Problem. Der in Elberfeld gegründete gleiche Verein, dessen hierbei rühmend erwähnt wird, habe jetzt einen Bericht über seine Thätigkeit veröffentlicht, welchen Redner der Versammlung in der nächsten Sitzung vorzulegen beabsichtigt. — Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit der Zusage, innerhalb 14 Tagen eine neue Sitzung anzuberaumen, in welcher auf Antrag des Herrn Röll die Sielsystemfrage wieder auf die Tagesordnung gebracht werden soll.

— In der Königlichen Marine sind drei Marineverwalter, darunter der beim hiesigen Depot beschäftigte Herr Beyer zu Unterzahlmeistern befördert worden.

— Im hiesigen Provinzial-Steuerbezirk ist der Steuer-Anfseher Hoffmeister zum Hauptamts-Assistenten befördert und drr Obergrenz-Controleur v. Tilly von der Grenzstation Zlotterie hierher versetzt worden.

— Auf die Bedeutung und Wichtigkeit der am 3. k. Mts., also nunmehr in wenigen Wochen, für das ganze Gebiet der preußischen Monarchie und des deutschen Zollvereins wiederum in Aussicht stehenden allgemeinen Volkszählung kann nicht dringend genug verwiesen werden. Jene Zählung hat vorzüglich dem Zwecke zu dienen, daß sie die Grundlage geben soll, nach welcher das Gesammt-Einkommen fast aller indirecten Steuern, die bei uns zu zahlen sind, auf die einzelnen Staaten des deutschen Zollvereins vertheilt wird. Jene Steuern müssen entrichtet werden, mag bei uns gut oder schlecht gezählt werden. Aber ob dem Lande und resp. der Kasse des norddeutschen Bundes von dem Betrage jener Steuern das erhalten bleibt, was ihm gebührt — das hängt allein davon ab, wie bei uns gezählt wird. Für jeden Kopf, der zu zählen vergessen wird, geht uns eine entsprechende Einnahme verloren, für jeden, der nicht vergessen wird, haben wir eine Einnahme zu erwarten, und mag dieser Kopf auch erst am 2. Dezember — also kurz vor dem allgemeinen Zählungstage das Licht der Welt erblickt haben. Das hängt so zusammen: Bekanntlich wird in Preußen zwar an der französischen, österreichischen, polnischen, russischen Grenze Zoll erhoben, aber nicht an deutschen Grenzen, z. B. also nicht an der Grenze nach Sachsen, nach Hessen, nach Baiern, nach Baden u. s. w. Dafür erheben alle diese Staaten, die mit Preußen in einen Gesammt-Zollverband, den sogenannten deutschen Zollverein getreten sind, an ihren dem Auslande zugekehrten Grenzen ganz dieselben Zölle, und so umschließt alle diese Staaten eine einzige gemeinsame Zollgrenze mit gleichmäßig organisirten und instruirten Zollämtern, der Art, daß alle Waaren, die zum Consum eingehen und versteuert werden, also z. B. Kaffee, Zucker, Taback u. s. w. — gleichgiltig, ob sie in Preußen oder in Baiern, in Oldenburg oder in Württemberg u. s. w. eingehen — in ganz derselben Weise versteuert werden. Weiter ist aber die Veranstaltung getroffen, daß kein Staat für sich behält, was er an seinen eigenen Zoll-Aemtern vereinnahmt, sondern daß Alles, was von den preußischen, bairischen, badischen, hessischen, württembergischen u. s. w., kurz von allen Zollämtern des ganzen deutschen Zollvereins als Steuer eingeht, in eine einzige große Kasse, die Kasse des Zollvereins, entrichtet und aus dieser dann nicht etwa nach den größern und geringeren Einnahmen des einzelnen Staats, sondern nach der Zahl seiner Bewohner vertheilt wird. Deshalb also ist es von so großer Wichtigkeit, diese Zahl der Bevölkerung richtig festzustellen, deshalb wird alle drei Jahre neu gezählt und deshalb ist jede Nachlässigkeit, die sich der Einzelne hiebei zu Schulden kommen läßt und durch die auch nur ein Kopf im Staate ungezählt bleibt, eine Benachtheiligung unserer eigenen Interessen. Denn sie hat die Folge, daß Einnahmen, die uns gebühren, nun statt dessen den bairischen, württembergischen, badischen Staatskassen zu gute kommen. Jedenfalls ist es wünschenswerth, daß die Erkenntniß von der Bedeutung der bevorstehenden Volkszählung in immer weiteren Kreisen sich Bahn bricht und dafür, daß dies geschieht, Jeder in seinem Kreise sorgt.

— Zu nächstem Sonnabend wird der Militair-Verein und zum Sonntage der katholische Gesellen-Verein Vergnügungen im Gewerbehause veranstalten.

— Das Geständniß, welches der zum Tode verurtheilte Eigenkäthner Richert aus Quaschin nachträglich abgegeben hat, scheint religiösen Bedenken zu entspringen, indem er als Grund für dasselbe angegeben hat: „er wolle nicht als ein verstockter Sünder aus der Welt scheiden."

— [Feuer.] Vergangene Nacht ½3 Uhr entstand in der Küche des Hinterhauses auf dem Maurer Hasenfang'schen Grundstücke Altstädtischen Graben No. 54 Feuer. Es brannte die Balkenlage und Dielung unter einem Kochheerde, und hatte die Gluth bereits die in der Nähe stehenden Utensilien, die Decke und die Thür erfaßt, als die Gefahr entdeckt, die Feuerwehr alarmirt und von dieser unter Anwendung einer Spritze nach Verlauf einer kleinen Stunde beseitigt wurde. — Wahrscheinlich ist das Feuer in Folge des schadhaft gewordenen Kochheerdes entstanden.

— Eine richterliche Entscheidung, die in diesen Tagen ergangen ist, wird besonders solchen Gewerbtreibenden zum Trost gereichen, die nicht im Stande sind, ihre Bücher ganz nach kaufmännischer Art und mit der in den großen Comtoirs üblichen Genauigkeit zu führen und doch die Vorschrift des Handelsgesetzbuchs zu beachten und Bücher zu führen genöthigt sind. Bei solchen ungeübten Buchführern kommt es sehr oft vor, daß sie Eintragungen durchstreichen müssen. Nun bestimmt das Handelsgesetzbuch in Art. 32.: „Der ursprüngliche Inhalt einer Eintragung darf nicht durchstrichen oder auf andere Weise unleserlich gemacht, es darf nichts radirt, noch dürfen solche Veränderungen vorgenommen werden, bei deren Beschaffenheit es ungewiß ist, ob sie bei der ursprünglichen Eintragung oder erst später gemacht worden sind". Das Gericht hat nun angenommen, daß, wenn dennoch eine Durchstreichung vorgenommen, das Durchstrichene aber leserlich geblieben ist, dies als ein Durchstreichen im Sinne des Handelsgesetzbuches nicht angesehen werden soll. Es wurde nämlich Gewicht darauf gelegt, daß aus den Worten: „auf andere Art unleserlich", deren sich der Gesetzgeber bedient hat, zu schließen sei, nicht eigentlich das Durchstreichen, sondern nur die dadurch hervorgebrachte Unleserlichkeit habe untersagt werden sollen.

— [Merkwürdige Erscheinung.] Bekanntlich wird der frische Pferdedünger als Präservativ-Mittel gegen die Rinderpest zur Anwendung gebracht. Um die Sache aber kurz zu machen, translocirte ein Stellenbesitzer in dem von der Rinderpest gleichfalls infizirten österreichischen Ort G. seine vier Stück Kühe, bei denen sich bereits die ersten Spuren der Seuche wahrnehmen ließen, in den Pferdestall, und umgekehrt seine zwei Pferde in den Kuhstall, und siehe da! innerhalb vierundzwanzig Stunden war das Rind vollständig hergestellt, nur den Pferden fehlte eben auch weiter Nichts, als — ihr Haar, denn sie standen nunmehr nackt im Stalle. Doch wird von Sachkundigen die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Pferde, wenn auch vielleicht nicht sobald, ihr verlornes Haar wieder erhalten. Gewiß eine seltene Erscheinung!

Zur Geschichte der Eheschließungen.

Bis zum Mittelalter war die Ehe Staatszweck, die Frau war rechtlos, war die Sklavin des Mannes. Selbst die griechische Civilisation warf keinen Lichtstrahl in das Dasein der Epimelide, der Hausfrau, und nur die Hetäre, die griechische Kameliendame, erwarb sich eine Stellung, von der noch heute Poesie und Geschichte künden. Auf die Matrone, die römische Ehefrau, fiel zur Zeit der Republik ein Abglanz männlicher Tugend; aber mit der Freiheit sank die ohnedies nicht rechtlich begründete Stellung der Frauen. Der Staat war Wurzel und Inhalt des römischen Lebens; als er zerfiel, war jeder Existenz die geistige Grundlage geraubt, war auch der Ehe der Boden unter den Füßen weggezogen. In dem ungeheuren Zusammenbruche der Existenzen war das Christenthum, das in seinem Beginne den Gegensatz seiner späteren hierarchischen Einrichtung, also den Ausdruck der individuellen Freiheit bildete, der Retter des Menschen aus dem Trümmerhaufen. Es befreite die Menschen aus der allgemeinen Verzweiflung, die gleich einem Weherufe durch die ganze civilisirte Welt ging, indem es das Epos der Passion schuf und den Schmerz idealisirte — gleichwie der Dichter sich vom Herzweh loslöst, indem er es zum Liede verkörpert. Die Frauen sind die Repräsentantinnen des Individualismus im Gegensatz zu der männlichen Staatsidee; sie waren die eigentlichen Schmerzensträgerinnen, die Herabgewürdigsten in einer Zeit, in der die Erde ein einziges Haus der Unzucht war — begreiflich, daß sie zu Trägerinnen des Christenthums wurden, daß durch sie der Glaube seine welterobernde Gewalt erhielt.

Was für die Ehe geschieht, das geschieht für die Frauen; wollte die neugegründete Kirche ihre Dankesschuld an die Frauen abtragen, so mußte sie die Reform der Ehe in die Hand nehmen. Die Vorbedingungen einer Hebung der Ehe durch die Kirche war gegeben. Jesus war erhaben gewesen über das Vorurtheil seiner Zeit, das — in jeder Religion — in der Frau den Urquell aller Sünde sah. Er hatte sich mit seiner Predigt vornehmlich an die (religiös) „Unwissenden" gewendet, zu denen sämmtliche Frauen gehörten; er hatte selbst mit einer Magdalena verkehrt; aber die Apostel konnten sich betreffs der Frau nicht über die Vorurtheile der Menge erheben, und Paulus, zum Unglücke nicht verheirathet, sah in der Ehe ein einziges Abwendigmachen vom Himmelreiche, ließ sie höchstens als Gegengift wider schlimmere Uebel gelten, verbot sogar den Männern die Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten. „Wer ein Weib hat, der habe es, als habe er keines." Das Beispiel des Apostelfürsten war entscheidend für die Stellung des Christenthums zur Ehe; die Kirche trat der Ehe feindlich gegenüber, und statt diese einzusegnen, war sie vielmehr bereit, sie zu verdammen. Die Schriften fast aller Kirchenväter sprechen von den Frauen und von der Ehe in Ausdrücken, wie solche heute in der schmutzigsten Literatur unerhört wären. Die mönchischen Bußordnungen wimmeln von Berichten über Schandthaten, die den Frauen zugetraut und als Warnung vor der Heirath hingestellt wurden. Jede Berührung der heiligen Gefäße und Gewänder durch Weiber galt als Entheiligung, jede Annäherung der Frauen an den Altar war streng verpönt.

Dieses Streben der Kirche, die orientalische Mißachtung des Weibes und die Herabwürdigung der Ehe dem germanischen Occident aufzudrängen, gerieth mit der deutschen Sitte in einen Widerstreit, der um so lebhafter wurde, als nach dem Austoben der Völkerwanderung die deutsche Liebe zum Familienleben mit doppelter Macht hervorbrach. Die Priester selbst, wenn sie deutscher Herkunft waren, vermochten die ihrem ganzen Sein widerstreitende christliche Auffassung der Familie nicht in sich aufzunehmen. In einem altdeutschen, von geistlicher Hand herrührenden Mysterium werden die Worte, die Christus seiner Mutter bei der Hochzeit zu Kana zuruft: „Weib, was habe ich mit dir zu schaffen?" umgewandelt in die Anrede: „Reines Weib und Mutter mein!" Das ist der Gegensatz von Christenthum und Germanenthum. Der deutsche Geist siegte, er schuf das Christenthum nach seinen Anschauungen um, umgab den Marienkultus mit demselben Glorienscheine, den er um die Frauenwelt gewunden, und rettete die Ehe, die Familie vor orientalischer Barbarei und orientalischem Schmutze.

Aber die Kirche verhielt sich noch immer, wo nicht abwehrend, so doch passiv bei der Eheschließung. So weit sie sich ausbreitete, sie führte nirgends die priesterliche Trauung ein. Am leichtesten von allen deutschen Stämmen fügten die Franken sich dem Christenthume, unter ihnen gewannen die Bischöfe zuerst eine dominirende Stellung; aber wir finden nirgends eine Andeutung, daß in den ersten acht Jahrhunderten nach der Errichtung der christlichen Kirche im Frankenlande eine Mitwirkung der Geistlichkeit bei der Trauung stattgefunden hätte. Von zahllosen, in den Schriften von Geistlichen, namentlich auch von Kirchenvätern erzählten Heirathen seien auf's Gerathewohl ein paar Beispiele herausgegriffen. Chlothar, der Sohn Chlodwig's, wird von seiner Frau gebeten, ihrer Schwester einen reichen Mann zu verschaffen. Er geht in die Villa, in welcher die Schwester wohnt, sieht diese, erklärt ihr, sie solle sein Weib sein, und die Heirath ist geschlossen. Hilperich, Chlothar's Sohn, erfährt von der Hörigen Fredegunde, daß seine Frau in ihrer Unwissenheit die eigene Tochter Hildeswinde über die Taufe gehalten habe. Der Bischof, der den Taufakt vollzog, war gewohnheitsmäßig betrunken gewesen und hatte keine Einwendung erhoben; Hilperich aber, der mit brutalen Lastern theologische Speculationen vereinigte, schickte seine Frau ins Kloster und heirathete in derselben Stunde, ohne jede kirchliche Mitwirkung, das schaurigste aller entarteten Weiber, die Fredegunde.

Gehen wir weiter nach Osten! Das, wenn nicht ganz, so doch zum größeren Theile in Oesterreich entstandene Nibelungenlied ist in seinem Kerne altgermanisch, in seinem äußeren Anstriche durchaus christlich. Alle Ceremonien sind der Zeit des Christenthums entnommen. Nun heißt es in dem Epos über die Heirath von Siegfried und Chriemhilde:

Man hieß sie mit einander zum Ringe treten heran,
Man fragte, ob sie gerne wollte den viel neidischen Mann,
In magdelichen Züchten schämte sie sich ein Theil;
Doch war es zum Glücke und Siegfriedens Heil,
Daß sie ihn nicht verschmähte allsogleich zur Hand.
Auch verlobte sie sich zum Weibe der edle König von Niederland.

Dann folgt viel von Küssen und Kosen, aber nichts von Kirche oder Priester.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

— Seit 50 Jahren ist in Preußen die Rinderpest nicht mit solcher Heftigkeit aufgetreten, wie in diesem Augenblicke in Oberschlesien, wo unter mehren inficirten Kreisen allein im Ratiborer Kreise mehr als 20 Ortschaften krankes Vieh haben. Die Absperrungs-Maßregeln sind daher auch in großem Umfange getroffen worden. Allein 12 Bataillone werden zum Grenzcordon verwendet, um jeglichen Verkehr mit Oesterreich der strengsten Controle unterwerfen zu können, seitdem der ausgedehnte Schmuggel mit Vieh, wobei aus Oesterreich viel krankes eingeführt worden ist, viele, vielleicht alle Schuld am Ausbruche der Seuche tragen soll.

— In einer der letzten Nummern des ultramontanen „Volksboten" in München ist ein „boarisch Liedl" abgedruckt, in dem folgende Strophe vorkommt:

Kohlschwarz is der Teufl
Und weiß is der Tod
Und schwarzweiß is preußisch,
Davor bhüt uns Gott.

— Aus Zalowice in Galizien meldet man, daß die zwanzigjährige Tochter eines Israeliten sich in einem Kloster zur Taufe und zum Eintritt in den Orden gemeldet habe. Sie nahm die Vermittlung des Gemeindevorstands in Anspruch, um sich zur Oberin des Klosters führen zu lassen, und diese ließ den Vater des Mädchens in's Kloster kommen, der die Tochter vergeblich zur Beständigkeit in der Religion ihrer Väter ermahnte.

— Das vor Kurzem aufgetauchte Projekt der Errichtung eines electrischen Kabels zwischen Frankreich und Nordamerika geht seiner Verwirklichung entgegen. Das Kabel, welches bereits in England angefertigt wird, soll von Brest nach St. Pierre, Miquelon, einem kleinen, Frankreich gehörenden Eilande in der Nähe von Neufoundland, und von da nach Canada und den Vereinigten Staaten geführt werden. Der ganzen Strecke entlang wurden Sondirungen vorgenommen, und man hofft, nirgends auf Schwierigkeiten zu stoßen.

— In der walisischen Kohlengrube Ferndale im Rhondda-Thale ist Feuer ausgebrochen. Telegraphischer Nachricht zufolge befinden sich in den Gängen derselben über 300 Arbeiter, und man fürchtet, daß vielen derselben jeder Ausweg verschlossen sei.

Meteorologische Beobachtungen.

Datum	Stunde	Barometer-Höhe in Par. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
14	8	338,12	— 1,8	SSO. flau, hell u. wolkig.
	12	338,15	+ 1,6	SO. do. diesig.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 13. Novbr.:
Auf der Rhede:

Niellen, Marianne, v. Ubaborg, n. Lübeck, m. Theer, wegen Mangels an Proviant.

Gesegelt: 1 Schiff m. Holz u. 3 Schiffe m. Getreide.

Angekommen am 14. November.

Hammer, Juliane Renate (SD.), von Amsterdam, m. Gütern u. Ballast. — Ferner 1 Schiff m. Ballast.

Gesegelt: 3 Schiffe m. Getreide, 2 Schiffe m. Holz, 1 Schiff m. Gütern und 1 Schiff m. Heeringen.

Ankommend: 1 Schiff. Wind: Süd.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 14. November.

Weizen, 120 Last, 128.30pfd. fl. 800—815; 132pfd. fl. 825; 125.26pfd. fl. 750—780; 113pfd. fl. 660 pr. 5100 Zollpfd.
Roggen, 117 bis 118pfd. fl. 561; 120pfd. fl. 573 pr. 4910 Zollpfd.
Große Gerste, 107pfd. fl. 384 pr. 4320 Zollpfd.
Rübsen, fl. 525 pr. 4320 Zollpfd.

Bahnpreise zu Danzig am 14. November.

Weizen bunt 120—130pfd. 118—130 Sgr.
hellb. 122—132pfd. 124—137 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 117.123pfd. 92.93—98 Sgr. pr. 81⅚pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 83—86 Sgr.
do. Futter- 70—82 Sgr. pr. 90pfd. Z.-G.
Gerste kl. 100—110pfd. 62—68 Sgr.
do. gr. 106.112pfd. 65.68—70 Sgr. pr. 72pfd. Z.-G.
Hafer 40—45 Sgr. pr. 50pfd. Z.-G.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:
Die Kaufl. Schlieder a. Berlin, Müller a. Remscheid u. Eichrodt a. Pforzheim.

Hotel zum Kronprinzen:
Gutsbesitzer Lentz a. Kaisershütte. Assekuranz-Insp. Neumann a. Berlin. Die Kaufleute Spinola a. Rheda i. Westph., Hirsch u. Wollenberg a. Thorn.

Walter's Hotel:
Rechts-Anwalt Echtermeyer a. Marienburg. Rittergutsbes. Domcke a. Slawkau. Schäfereidirektor Dohm a. Leipzig. Die Kaufl. Schmidt u. Marx a. Berlin und Valois a. Dirschau. Frau Rittergutsbes. Hirschberg aus Kniebau.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:
Rittergutsbes. Hebring a. Mirau. Die Kaufl. Sopp a. Mannheim, Busch a. Leipzig, Cohn a. Berlin und Rust a. Magdeburg.

Hotel de Thorn:
Die Gutsbes. Kammacher a. Greifswald, Buntebarth a. Güssow, Hartung a. Jehoven u. Nieß n. Frl. Tochter a. Marienau. Ingenieur Lichtenberg a. Stralsund.

Hotel d'Oliva:
Rittergutsbes. Wilke nebst Fam. a. Strczyps. Die Rentiers Weiß a. Peterkau u. Gottschalk a. Berlin. Die Kaufl. Meyer a. Frankfurt a. M., Richter a. Berlin, Gusella a. Passenheim, Mehring a. Goldbach i. Schl. u. Rabow a. Carthaus.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.